

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester
Ratsmitglied Melanie Bratzke
Ratsvorsitzende Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Byrte Janßen
Ratsmitglied Michael Kunze
Bürgermeister Fritz Langen
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Prof. Günter Reuter
Ratsmitglied Jasmin Tegge
Ratsmitglied Lutz Wilhelm

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir
Bürgermeister Holger Barkowsky
Ratsmitglied Peter Debring
Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Sabine Gastmann
Ratsmitglied Björn Heinisch
Ratsmitglied Howard Jacques
Ratsmitglied Wolfgang Jeschke
Ratsmitglied Petra Kolbe
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsmitglied Norbert Schmidt
Ratsmitglied Hermann Stolle
Beigeordneter Michael Veh
Ratsmitglied Christine Will

Mitglied Gruppe Grüne/WBV/Piraten

Beigeordneter Stefan Becker
Beigeordneter Werner Biehl
Ratsmitglied Katja Breuer
Ratsmitglied Rainer Büscher
Ratsmitglied Erika Lach
Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann
Ratsmitglied Sigrid Linsen-Steiner
Ratsmitglied Peter Sokolowski
Ratsmitglied Michael von den Berg

Mitglied BASU-Fraktion

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ratsmitglied Joachim Tjaden

Mitglied UWG WHV-Fraktion

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied "Die Linke"

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Mitglied FDP

Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

Dezernent

Stadtrat Dr. Jens Graul
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Erster Stadtrat Jens Stoffers

von der Verwaltung

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß
Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers
Fachbereich Kommunikation & Koordination Ira Wernicke
Fachbereichsleitung Rechnungsprüfung Heike Hansemann
Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion
Fachbereichsleitung Bauordnungsamt Nikša Marušić

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlten entschuldigt

Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsmitglied Brigitte Klee

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 13

C. Nichtöffentlicher Teil ab Seite 14

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

6	Vorstellung der neuen Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes	
7.1	Wahl eines Mitglieds des Jagdbeirates	101/2012
7.2	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD zum Thema "Tagungsort für Klausurberatungen"	512/2012
7.3	Nutzungskonzept Banter See	127/2012
7.4	Bestellung eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes in den Allgemeinen Beirat der Oldenburgischen Landesbrandkasse	128/2012
8.1.1	Nachbewilligung zum Haushalt 2012	123/2012
8.1.2	Antrag der Gruppe Grüne/WBV/Piraten auf Änderung der Rechnungsprüfungsordnung (RPO)	513/2012
8.2.1	Stadtumbaugebiet Jadeallee - Umgestaltung Parkplätze am Pumpwerk	98/2012
8.3.1	Beitritt zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“	108/2012
8.4.1	Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht Langwerth / BAB 29	93/2012
8.4.2	Sanierung Banter See	124/2012
8.5.1	Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes "Reinhard-Nieter-Krankenhaus - Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven"	44/2012

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzende Glaser eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Im Anschluss bat die Ratsvorsitzende um eine Schweigeminute zum Gedenken an den am 02.05.2012 im Alter von 84 Jahren verstorbenen ehemaligen Rats Herrn Bruno Weber.

Weiterhin informierte sie, dass sich die ehemalige Fraktion Freie Wähler Wilhelmshaven umbenannt habe in „Unabhängige Wählergemeinschaft Wilhelmshaven“. Die Besetzung mit den Herren Walpurgis und Walzner sowie deren Mitgliedschaften in Ausschüssen und Gremien bleibe unverändert.

2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Glaser machte auf den per Nachtragseinladung hinzugenommenen Tagesordnungspunkt 7.4 „Bestellung eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes in den Allgemeinen Beirat der Oldenburgischen Landesbrandkasse“ aufmerksam.

Herr Föhlinger informierte, der gemeinsame Antrag der Fraktionen CDU und SPD zum Thema „Tagungsort für Klausurberatungen“ zu **Tagesordnungspunkt 7.2 werde zurückgezogen.**

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wird in der soeben vorgetragenen Form festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 15.02.2012

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 15.02.2012 wird genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Zur „aktuellen Stunde“ lagen keine Beratungspunkte vor.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es bestand kein Beratungsbedarf.

6 Vorstellung der neuen Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes

Frau Hansemann stellte sich in einem kurzen Vortrag als neue Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes vor. Dabei schilderte sie ihren bisherigen Werdegang bei der Stadtverwaltung und legte ihre Ziele dar. Gleichzeitig verlieh sie ihrer Hoffnung auf gute Zusammenarbeit mit Rat und Verwaltung Ausdruck.

7 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Hellwig)

7.1 Wahl eines Mitglieds des Jagdbeirates

101/2012

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 14.05.2012 vor.

Herr Wilhelm ging zunächst kurz auf die Gründe für die Ablehnung des ursprünglichen Vorschlages ein und dankte anschließend dem Naturschutzbeauftragten für die heute vorgelegte Alternative. Diesem neuen Vorschlag stimmten die Fraktionen von CDU und SPD gerne zu.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Gemäß § 39 Abs. 1 NJagdG wird

Frau Susanne Kruit-Hergert, Stendaler Allee 33, 26388
Wilhelmshaven

als weiteres Mitglied des Jagdbeirates vom Rat für die Dauer der
Wahlperiode benannt.

7.2 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD zum Thema
"Tagungsort für Klausurberatungen"

512/2012

Der Antrag war zurückgezogen worden.

7.3 Nutzungskonzept Banter See

127/2012

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 14.05.2012 vor.

Anschließend ging Herr Hellwig kurz auf die bereits lange währende Vorgeschichte ein. Daher liege die Umsetzung der Ergebnisse der ersten Banter See-Konferenz unter Beteiligung der Wilhelmshavener Bürger Rat und Verwaltung besonders am Herzen. Hier liege noch ein großes Arbeitspensum vor allen Beteiligten, doch stelle der heute vorgestellte Vorentwurf einen ersten Schritt in die richtige Richtung dar und zwar hin zur Entwicklung des Banter Sees und seines Umfeldes im Sinne der Bürger.

Herr Büscher zeigte sich erfreut, dass die Bedürfnisse der Bürger ernst genommen würden. Er werde daher ebenfalls zustimmen, appelliere aber, diesem Konzept auch entsprechende Aktivitäten folgen zu lassen.

Herr Dr. von Teichman wendete ein, es gehe zwar scheinbar voran, dennoch sei das Vorgeschlagene nicht ausreichend. Er bedaure, dass die Forderungen des Rates aus der Juli-Sitzung des vergangenen Jahres noch immer nicht in den entscheidenden Punkten umgesetzt worden seien. So werde heute lediglich ein weiterer Aufschub beschlossen.

Außerdem war zum damaligen Zeitpunkt von der Aufstellung eines Bebauungsplanes aufgrund der damit verbundenen Probleme, wie zum Beispiel der Beseitigung von Altlasten, seitens der Verwaltung dringend abgeraten worden. Daher verwundere es ihn umso mehr, dass im heute vorliegenden Konzept gleich drei Bebauungspläne aufgestellt werden sollen. Da er die Bedenken hinsichtlich vermutlicher Altlasten nachvollziehen könne, rate er, diesen Bebauungsplänen nicht zuzustimmen.

Aus diesem Grunde bitte er auch um **getrennte Abstimmung** der einzelnen Punkte.

Als weitere Kritikpunkte an der Aufstellung von Bebauungsplänen in diesem Bereich nannte er zum einen den damit verbundenen Zeitaufwand sowie eine Interessenkollision mit den Inhabern der umliegenden Kleingärten.

Aus diesen genannten Gründen halte er den Vorschlag für nicht zielführend.

Herr Kottek ging auf die Einwände von Herrn Dr. von Teichman bezüglich der Bebauungspläne ein: Die Forderung von Seiten des Rates aus dem letzten Jahr sah einen einzigen Bebauungsplan für das gesamte Gebiet des Banter Sees vor. Dies sei jedoch nicht möglich, da es Bereiche gebe, die nicht mit einem Bebauungsplan überzogen werden könnten. In der Vergangenheit seien Provisorien entstanden, die zwar nebeneinander lägen, aber planerisch nie nebeneinander festgelegt werden dürften; zum Beispiel sei ein Sportverein neben einem Industriegebiet nicht möglich. Unstrittig sei auch, dass die vorhandenen Altlasten Probleme bereiten können und untersucht werden müssten. Daher habe man sich bei den Planungen auch nur auf diejenigen Bereiche beschränkt, die unbedingt notwendig seien.

Hinsichtlich der Kleingärten sei es Wunsch des Rates gewesen, die Verträge nicht auslaufen zu lassen und in der Folge eine Brachfläche zu erhalten, sondern die Möglichkeit einer Verlängerung einzuräumen. Man habe sich auch darauf verständigt, die derzeit vorhandenen „baurechtswidrigen Zustände“ nicht zurückbauen zu lassen, sondern diese zu dulden und in die künftigen Planungen einzupassen.

Ergebnis seien somit Bebauungspläne, die ein großes Baufeld erlaubten, auf dem die bisherigen Freizeitgärtner, ohne dass sie „baurechtswidrigen Zustände“ haben, weiter existieren können. Diese Duldung sei der Punkt, mit dem ein Kompromiss aus der unglücklichen gewachsenen Situation entstehen könne.

Herr Tjaden stimmte den Einwänden von Herrn Dr. von Teichman zu. Er könne sich nicht vorstellen, dass die Kleingärten mit den Planungen zur Ansiedlung von Dienstleistungsunternehmen oder Wohnbebauung korrespondierten. Auch er sehe zudem im zeitlichen Aspekt bei der Aufstellung von Bebauungsplänen ein Problem. Er habe nichts gegen das dringend benötigte Entwicklungskonzept, aber nicht unter den genannten Voraussetzungen.

Herr Biehl erwiderte den Einwänden seiner Vorredner, es sei zur Umsetzung des Konzeptes eine gewisse Rechtssicherheit in Form von Bebauungsplänen notwendig. Bevor man wegen möglicher Probleme nichts unternehme, sei es doch besser, mit diesem Beschluss endlich einen ersten Schritt nach vorn zu gehen. Man müsse hier ganz bewusst in die Zukunft schauen und auftauchende Probleme lösen. Es sei nun einmal nicht möglich, alle Eventualitäten im Vorfeld zur Gänze abzudecken.

Herr Becker zeigte sich erstaunt darüber, dass die Kleingärtner nicht einfach zum Rückbau ihrer Anlagen verpflichtet würden.

Herr Kottek wiederholte daraufhin seine Ausführungen: Durch den bis 2017 bestehenden Vertrag habe die Stadt keine rechtliche Handhabe, einen Rückbau durchzusetzen. Würde im Anschluss dieser Vertrag nicht verlängert werden, entstünde auf diesem Gebiet eine Brachfläche. Dies könne von keinem der Beteiligten gewollt sein und rücke darüber hinaus die Stadt in ein schlechtes Licht. Zudem könne dort durchaus ein Bebauungsplan aufgestellt werden, da es sich um städtische Flächen handle. Damit sei man unabhängig von der Zustimmung privater Eigentümer. Die Nutzung „Dienstleistungen“, die für dieses Gebiet vorgesehen sei, komme erst in einigen Jahren zum Tragen. Für die Zwischenzeit sei die Lösung der „Duldung“ vorgesehen. Dies stelle einen guten Kompromiss für alle Beteiligten dar und sei darüber hinaus auch mit den betroffenen Kleingärtnern so besprochen.

Herr Dr. von Teichman blieb weiterhin skeptisch gegenüber der Aufstellung von Bebauungsplänen. Darüber hinaus stelle sich ihm die Frage, warum der Banter See so besonders entwickelt werden müsse. Den Bürgern gehe doch im Grunde nur um eine Badegelegenheit und Freizeitmöglichkeiten am Wasser. Seiner Meinung nach bedürfe es daher keiner solcher umfangreichen Planungen. Außerdem halte er die Nähe des Bebauungsplanes 198c zur Seeschwalbenkolonie für problematisch. Aufgrund des hohen Stellenwertes dieser Population müsse dort jede Störung vermieden werden und die Arbeit des Vogelforschungsinstituts weiterhin unterstützt werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, wurde über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages getrennt abgestimmt:

„In der Umsetzung der Bürgerbeteiligung der Banter See Konferenz am 27.01.2012 wird der Vorentwurf des städtebaulichen Nutzungskonzeptes rund um den Banter See zur Kenntnis genommen.“

A. Die Vorlage der Verwaltung für die Geltungsbereiche der zur Aufstellung zu beschließenden Beb.-pläne Nr. 198 a-c wird zur Kenntnis genommen.“

Beschluss: bei 3 Gegenstimmen (BASU-Fraktion; Dr. von Teichman-FDP) mehrheitlich zugestimmt

„B. Die Verwaltung wird beauftragt, ein städtebauliches Entwicklungskonzept „Banter See“ als räumliches Teilkonzept innerhalb und parallel des Entwicklungsprozesses STEP + zu erarbeiten.“

Beschluss: einstimmig zugestimmt

„C. Das zu erarbeitende städtebauliche Entwicklungskonzept ist mit dem Konzept zur Verbesserung der Gewässerqualität und Gewässernutzung abzugleichen.“

Beschluss: einstimmig zugestimmt

7.4 Bestellung eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes in den Allgemeinen Beirat der Oldenburgischen Landesbrandkasse **128/2012**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 14.05.2012 vor.

Vorgeschlagen werde als

Mitglied: Herr Howard Jacques und als

Stellvertreter: Herr Uwe Heinemann.

Da keine weiteren Vorschläge vorlagen, wurde per Handzeichen gewählt.

Sowohl Herr Jacques als auch Herr Heinemann wurden **jeweils einstimmig** gewählt.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven wählt

Herrn **Howard Jacques**

zum Mitglied für den Allgemeinen Beirat der Oldenburgischen Landesbrandkasse.

Der Rat wählt in dieses Gremium ferner

Herrn **Uwe Heinemann**

als stellvertretendes Mitglied.

8 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

8.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)

8.1.1 Nachbewilligung zum Haushalt 2012 **123/2012**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 14.05.2012 vor.

Frau Glaser signalisierte die Zustimmung von CDU und SPD. Hier werde ein erhaltenswertes Gebäude aus der Gründerzeit wiederbelebt, was nicht zuletzt auch einen weiteren Schritt für die Entwicklung der Südstadt bedeute.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt gem. § 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG die vorgelegte Nachbewilligung nach § 117 NKomVG zum Haushalt 2012.

8.1.2 Antrag der Gruppe Grüne/WBV/Piraten auf Änderung der Rechnungsprüfungsordnung (RPO) **513/2012**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 14.05.2012 vor.

Herr Biehl informierte, die Gruppe **ziehe den Antrag zurück**, da von der Verwaltung im Finanzausschuss bestätigt worden sei, dass die Rechnungsprüfungsordnung ohnehin überarbeitet werde. Er bedaure zwar, dass der Gruppe neuerdings Anträge scheinbar von der Verwaltung mit der Bemerkung „ist in Arbeit“ abgenommen würden, doch auch aus diesem Umstand ließen sich durchaus Vorteile ziehen und die eine oder andere „Initialzündung“ veranlassen.

Oberbürgermeister Wagner machte darauf aufmerksam, dass das Thema „Rechnungsprüfungsordnung“ zwar derzeit noch nicht aufgegriffen worden sei,

aber dies definitiv in naher Zukunft erfolgen werde.

Herr Dr. von Teichman bat um Auskunft, ob denn dort auch die von der Gruppe beantragten Änderungen eingearbeitet würden.

Oberbürgermeister Wagner erklärte, diese Vorschläge würden geprüft und auch eingearbeitet, sofern dies möglich sei. Der Verwaltung sei sehr daran gelegen, dass dem Rat mit dem Rechnungsprüfungsamt die notwendigen Werkzeuge in die Hand gegeben würden, um die nötige Transparenz zu erhalten.

Herr Hellwig signalisierte die Unterstützung von CDU und SPD bei dem Bemühen, die Rechnungsprüfungsordnung zu überarbeiten. Er wolle jedoch auch daran erinnern, dass hier über einen längst zurückgezogenen Antrag diskutiert werde.

8.2 Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Veh)

8.2.1 Stadtumbaugebiet Jadeallee

98/2012

Umgestaltung Parkplätze am Pumpwerk

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 24.04.2012 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Dem Entwurf zur Umgestaltung der Parkplätze gemäß Anlage wird zugestimmt.
Die Kostenberechnung ergibt förderfähige Baukosten in Höhe von 159.000,--€.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt die erforderlichen Verträge abzuschließen.

8.3 Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz (Ratsherr Harms)

8.3.1 Beitritt zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“

108/2012

Herr Harms trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 02.05.2012 vor.

Herr von den Berg signalisierte die Zustimmung der Gruppe. Er mahnte jedoch, den Beitritt zugleich als Verpflichtung zu sehen und das Bündnis künftig mit Leben zu füllen.

Herr Dr. von Teichman betonte die hohe Bedeutung der Biodiversität. Gehe es hier nicht zuletzt um auch um den Schutz der Menschen selbst. Den Beitritt halte er für eine gute Idee, da in den letzten Jahren die praktische Arbeit etwas ins Hintertreffen gelangt sei.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt, dem Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ e.V. als Mitglied beizutreten.

8.4 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Beigeordneter Hellwig)

8.4.1 Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht Langwerth / BAB 29

93/2012

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 12.04.2012 vor.

Auf Nachfrage von **Herrn Tjaden** erklärte **Herr Kottek**, die Grundstücke der Stadt sollten insgesamt arrondiert werden, um im Bedarfsfall darauf zurückgreifen zu können.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die anliegende Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht nach § 25 BauGB für den Bereich südlich der BAB 29 / Langwerth.

8.4.2 Sanierung Banter See

124/2012

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 10.05.2012 vor.

Herr Hellwig erklärte, die Fraktionen von CDU und SPD seien zur Überzeugung gelangt, dass ein chemischer Eingriff in die Gewässerökologie aufgrund des ungewissen Ausgangs abgelehnt werde. Nachdem er dies anhand einiger Beispiele belegt hatte, brachte er einen gemeinsamen **Änderungsantrag** ein:

„TOP: Sanierung Banter See

CDU und SPD beantragen folgende Änderungen des Beschlussvorschlages der o.g. Beschlussvorlage an den Rat:

1. *Wird gestrichen*
2. *Wird wie folgt geändert: „Es werden weitere Aufträge vergeben, die folgende Aufgabenstellung beinhalten:“*
 - a) *Keine Änderungen*
 - b) *Keine Änderungen*
 - c) *Keine Änderungen*
 - d) *Keine Änderungen*
 - e) *Keine Änderungen*
3. *Keine Änderungen*
4. *Keine Änderungen*
5. *Keine Änderungen*
6. *Keine Änderungen*
7. *Keine Änderungen*
8. *Wird wie folgt eingefügt: „Der Einsatz von Chemie zum Zwecke der Phosphatfällung im Banter See wird abgelehnt.“*

Herr Biehl bat um Präzisierung des Ausdruckes „Chemie“ in Ziffer 8. Gleichzeitig warnte er davor, von vornherein zu prüfende Parameter auszuschließen. Auf diese Weise erhalte man kein wissenschaftliches, sondern ein erneut anzweifelbares Ergebnis. Daher rege er an, zum einen den Begriff „Chemie“ zu präzisieren, zum anderen im 1. Absatz den 2. Satz, 2. Halbsatz des Beschlussvorschlages zu ändern in „...nach Alternativen zu suchen.“ anstatt den

gesamten Absatz zu streichen. Ferner sollte seiner Meinung nach der Klammerzusatz in Ziff. 2e des Beschlussvorschlages um das Wort „Wasser“ ergänzt werden.

Herr Tjaden sah in der Streichung eine Gefahr: Er befürchte, es werde damit eine weitere Lücke eröffnet, die den Rat daran hindere, endlich zu einer abschließenden Entscheidung zu kommen. Dies könne nur mit der Prüfung jeder Maßnahme erreicht werden; dies beinhalte somit auch die Prüfung des Einsatzes von Phosphatfällungsmitteln. Seines Erachtens schade eine reine Prüfung dieser Möglichkeit nicht und koste nicht viel.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich ebenfalls skeptisch gegenüber dem Vorschlag, eine Methode von vornherein aus den Untersuchungen auszuschließen. Darüber hinaus hielt er es für sinnvoll, auch die Möglichkeit der Erhöhung des Salzgehaltes als einfache und biologische Alternative zu prüfen. Es würden sicherlich nicht alle hier aufgezeigten Methoden aus Kostengründen zum Tragen kommen, müssten aber in die Prüfung einfließen. Er glaube ohnehin nicht daran, dass es eine Lösung zur Sanierung des Banter Sees geben werde, die nicht mit Schwierigkeiten irgendeiner Art einher gehe.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorlagen, wurde über die einzelnen Punkte des Änderungsantrages abgestimmt:

Ziff. 1

Wird gestrichen

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt -

(bei 13 Gegenstimmen: Gruppe Grüne/WBV/Piraten, BASU-Fraktion, Herr Hammadi – Die Linke, Herr Dr. von Teichman, FDP)

Ziff. 2-7

2. Wird wie folgt geändert: „Es werden weitere Aufträge vergeben, die folgende Aufgabenstellung beinhalten:“

- a) Keine Änderungen*
- b) Keine Änderungen*
- c) Keine Änderungen*
- d) Keine Änderungen*
- e) Keine Änderungen*

3. Keine Änderungen

4. Keine Änderungen

5. Keine Änderungen

6. Keine Änderungen

7. Keine Änderungen

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Ziff. 8

Wird wie folgt eingefügt: „Der Einsatz von Chemie zum Zwecke der Phosphatfällung im Banter See wird abgelehnt.“

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt -

(bei 13 Gegenstimmen: Gruppe Grüne/WBV/Piraten, BASU-Fraktion, Herr Hammadi – Die Linke, Herr Dr. von Teichman, FDP und 2 Enthaltungen: UWG-WHV-Fraktion)

Der Beschluss lautet damit wie folgt:

- ~~1. Die auf Beschluss des Rates (Juli 2011) bis zum Vertragsende 2012 laufenden beiden Freistrahlanlagen und die Bewertung ihres Einsatz-Erfolges lassen mögliche Maßnahmen zur Phosphatfällung erst im Jahr 2013 zu. Die verbleibende Zeit bis dahin wird dafür genutzt, alternative Phosphatfällungsmittel zu vergleichen und im Modellversuch mit Wasser des Banter Sees zu testen.~~
2. Parallel zu Ziff. 1. **Es** werden weitere Aufträge vergeben, die folgende Aufgabenstellungen beinhalten:
 - a. Kontinuierliche Auswertung der bereits installierten Pegelstandmesser und Wassertemperatursonde im Rahmen eines aussagefähigen Ganzjahresmonitorings
 - b. Ergänzung der laufenden Gewässeruntersuchungen um weitere Messparameter und Messstellen im Banter See, im Großen Hafen und in der Jade; Auswertung im Rahmen eines aussagefähigen Ganzjahresmonitorings.
 - c. Erkundung der Sedimentqualität und des Einflusses von Grundwasserflüssen.
 - d. Recherche- und Sondierungsarbeiten zum Aufbau des Grodendamms; Erstellung eines Baugrundgutachtens.
 - e. Erstellung einer wissenschaftlichen Machbarkeits- und Wirksamkeitsstudie zur biologischen Umgestaltung des Banter Sees (Flora/Fauna).
3. Die Vergabe der dazu erforderlichen Aufträge erfolgt nach Zustimmung des BGGs im Rahmen der Wertgrenzen und des Wirtschaftsplanes von GGS.
4. Über konkrete Sanierungsmaßnahmen entscheidet der Rat nach Beendigung des Freistrahlanlagen-Einsatzes 2012 und nach Vorlage der Ergebnisse zu Ziff. 2
5. Die Ergebnisse bzw. der Zwischenbericht zur Erstellung eines Nutzungskonzeptes Banter See wird vom Fachbereich Stadtplanung u. Stadterneuerung in den Rat eingebracht.
6. Der anliegende Zwischenbericht wird zur Kenntnis genommen.
7. Die nächsten Schritte im Hinblick auf die Schaffung von Entscheidungsgrundlagen für den Rat bezügl. „Sanierung Banter See“ bedürfen jeweils der Zustimmung des BGGs.
- 8. Der Einsatz von Chemie zum Zwecke der Phosphatfällung im Banter See wird abgelehnt.**

8.5 Betriebsausschuss Krankenhaus (Beigeordneter Biehl)8.5.1 Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes "Reinhard-Nieter-Krankenhaus -Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven-" 44/2012

Frau Kolbe als Beschäftigte des Krankenhauses nahm **nicht** an der Abstimmung und der Beratung dieses Tagesordnungspunktes teil.

Herr Biehl trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Krankenhaus vom 16.04.2012 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die als Anlage beigefügte Eigenbetriebssatzung wird in der vorliegenden Form beschlossen.

9 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Oberbürgermeister Wagner informierte über den Sachstand „Kunstrasenplatz ESV“.

Nachdem er kurz auf die Vorgeschichte eingegangen war, legte Oberbürgermeister Wagner die aktuelle Situation dar: Ergebnisse von Bodenuntersuchungen hätten gezeigt, dass sich unterhalb des Geländes erhebliche Altlasten befänden. Die Erstellung eines Kunstrasenplatzes sei daher nur durch eine Überbauung des vorhandenen Platzes realisierbar. Dazu müsse zunächst der Untergrund mit Füllsand angehoben werden, um Setzungen des Bodens zu reduzieren. Diese würden anderenfalls den Kunstrasen beschädigen. Um diese Maßnahmen durchführen zu können, sei das Budget von 700T€ jedoch nicht ausreichend.

Darüber hinaus sei festgestellt worden, dass die vorhandene Drainage zur Abführung des Grundwassers zum einen nicht ausreiche und zum anderen nicht intakt sei.

Sogar die bereits diskutierte „abgespeckte“ Variante der Sportplatzsanierung mit verkleinertem Spielfeld, ohne Erneuerung der Flutlichtanlage und ohne Ballfangzaun liege noch über dem veranschlagten Budget.

Alle geprüften Varianten lägen somit entweder über dem Finanzrahmen oder enthielten nicht den erforderlichen Leistungsumfang.

Das Fazit seitens der Verwaltung laute daher, dass innerhalb des vom Rat festgesetzten Finanzrahmens die Errichtung eines DIN-gerechten Kunstrasenplatzes auf dem Sportgeländer an der Güterstraße nicht möglich sei.

Vor diesem Hintergrund werde seitens des Eigenbetriebes GGS keine Ausschreibung erfolgen. Die Verwaltung schlage vor, mögliche Alternativen zu prüfen und dem Rat zu den Klausurberatungen vorzulegen.

An der anschließenden kurzen Diskussion beteiligten sich die **Herren Dr. von Teichman, Reese, Becker und Tjaden**.

Herr Dr. Graul gab anschließend einen Überblick über das Vorhaben „Kommunaler Ordnungsdienst“:

Das Vorhaben sei im Oktober 2010 beschlossen worden und habe am Montag, dem 14.05.2012, seine Arbeit aufnehmen können. Es handele sich dabei um einen Teil des Projektes „Wilhelmshaven sicher“ und solle das subjektive Sicherheitsgefühl der Wilhelmshavener Bürger verbessern. Dazu gehöre auch, dass Verstöße gegen einfache Gesetze und Regeln des Zusammenlebens in Zukunft geahndet werden müssten. Dort setze der „Kommunale Ordnungsdienst“ mit seinen Streifengängen an, die gemeinsam mit Beamten der Polizeiinspektion Wilhelmshaven-Friesland, Mitarbeitern der Stadt sowie des „Vereins zur Förderung der kommunalen Prävention“ durchgeführt werden.

Nachdem Herr Dr. Graul kurz die Zusammensetzung sowie die Ausstattung dieser Einrichtung vorgestellt hatte, ging er kurz auf die damit verbundenen Aufwendungen ein. Diese beliefen sich auf etwa 100T€ und seien nach Auffassung der Verwaltung durchaus akzeptabel angesichts der positiven Wirkung. Die Stadtverwaltung sowie die Polizei würden künftig regelmäßig über die Arbeit des „Kommunalen Ordnungsdienstes“ informieren.

Herr Kottek stellte abschließend anhand einer Präsentation das Projekt „Stadtentwicklungskonzept + Wilhelmshaven“ vor.

Die Präsentation ist als **Anlage** zur Sitzung im Ratsinformationssystem abrufbar.

B. Einwohnerfragestunde

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde
(§ 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
(§ 19 Abs. 2 des Geschäftsordnung des Rates)

Herr Radmer fragte zu Tagesordnungspunkt 7.3 „Nutzungskonzept Banter See“: Zu einem bat er um Erklärung, was die dort beschriebene „Bereinigung des städtebaulichen Wildwuchses“ bedeute, zum anderen wünschte er nähere Ausführungen zu den Planungen für den Rundwanderweg.

Herr Kottek erklärte, bei der ersten Frage handele es sich um die von ihm bereits beschriebenen Maßnahmen im Umgang mit den baulichen Tätigkeiten im Bereich der Kleingärten, die über das erlaubte und vereinbarte Maß hinausgingen. Bei der zweiten Frage sei festzustellen, dass sich der Rundwanderweg zur Zeit den Gegebenheiten anpasse. In Zukunft solle der vorhandene Weg mit neuen Teilabschnitten, z. B. im Bereich „Manitowoc“ direkt am See entlang, kombiniert werden.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Radmer** führte **Herr Kottek** weiter aus, dass, sofern der Rat irgendwann die Aufgabe der Freizeitgarten-Nutzung beschließen würde, der Verlauf des Rundwanderweges neu angelegt werde.

Herr Radmer erkundigte sich außerdem in Bezug auf Tagesordnungspunkt 8.2.1 „Stadtumbaugebiet Jadeallee-Umgestaltung der Parkplätze am Pumpwerk“, wo die zusätzlichen Fahrradstellplätze, wie vom Bauausschuss gefordert, vorgesehen seien.

Herr Kottek informierte, diese sollten auf dem kleinen Areal direkt an der Jadeallee, das neu gepflastert werde, entstehen. Weiterhin werde mit dem Gedanken gespielt, eine überdachte Fahrradstation an der Südwestseite des städtischen Grundstückes an der Weserstraße Ecke Jadeallee zu errichten. Dies könne aus ÖPNV-Mitteln finanziert werden, ohne dass zusätzliche Finanzmittel seitens der Stadt zur Verfügung gestellt werden müssten.

Abschließend trug **Herr Radmer** eine Frage zum Tagesordnungspunkt 8.5.1 „Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes RNK“ vor: Hier stelle sich ihm die Frage, ob es eine Abrechnungssoftware gebe, die es schaffe, die unterschiedlichen Abrechnungsarten von Kernverwaltung zusammenzuführen und in einen konsolidierten Abschluss einzubringen.

Herr Stoffers bestätigte, dass die in Kürze neu einzuführende Software dazu in der Lage sei.

Herr Radmer merkte an, dass es für die EDV-Versorgung der Stadtverwaltung den Eigenbetrieb Städtische Datenverarbeitung gebe. Es erstaune ihn, dass in der Neufassung der Betriebssatzung nun scheinbar von einem weiteren EDV-Dienstleister die Rede sei.

Herr Stoffers erläuterte, dass der Eigenbetrieb RNK die Aufgabe habe, die GmbH mit Personal und Sachmitteln zu unterstützen. Letztlich laufe diese EDV-Versorgung aber über die Städtische Datenverarbeitung, die künftig auch alle übrigen Eigenbetriebe und GmbHs zentral betreuen solle.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 18:50 Uhr

gez.

Glaser
Ratsvorsitzende

gez.

Wagner
Oberbürgermeister

gez.

Rogel
Protokollführerin